

RN7
1./2.7.17

Nie ein Wort des Bedauerns gehört

Ausstellung zu Berufsverboten in der Pädagogischen Hochschule – Martin Hornung und Michael Cszakóczy waren selbst betroffen

Von Jonas Labrenz

Mit einer Anhörung wegen „Zweifeln an der Verfassungstreue“ begann für viele ein langer Leidensweg: Über 1200 angehenden Lehrern wurde von Schulämtern und Ministerien ein faktisches Berufsverbot erteilt – ein Drittel davon in Baden-Württemberg, über 50 von der Pädagogischen Hochschule (PH) in Heidelberg, die nun eine Wanderausstellung zu Berufsverboten zeigt. Fast alle Betroffenen studierten in den 70er Jahren, die wenigsten konnten bis heute erfolgreich gegen das Verbot vorgehen. Was hatten die Studenten getan, dass der Verfassungsschutz Informationen über sie sammelte und sie für eine Gefahr hielt?

„Unter 1000 Namen tragen gerade einmal vier den Vermerk NPĐ“, ärgert sich Martin Hornung, denn die Berufsverbote trafen zum allergrößten Teil linke Studenten. Hornung, selbst Betroffener, hatte damals eine öffentliche Erklärung gegen die verpflichtende Unterzeichnung des sogenannten Schiess-Erlasses unterschrieben. Für Baden-Württemberg setzte Karl Schiess 1973 als Innenminister um, was bundesweit als Radikalenerlass bekannt ist: Die Verfassungstreue, die von Beamten verlangt wird, wurde nun deutlich enger ausgelegt.

Ziel der damaligen sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt sei es gewesen, unter dem Eindruck der 68er-Bewegung kritische linke Studenten und ihre Sympathisanten einzuschüchtern, meinen die Kritiker. Doch die Zeit der Berufsverbote ist auch heute nicht vorbei, wie der Fall Michael Cszakóczy beweist, der erst 2007 von im Jahr 2004 verhängten Berufsverbot befreit wurde – bis heute ohne inhaltliche Stellungnahme des Kultusministeriums: „Ein Wort des Bedauerns habe ich nie gehört“, so der 47-jährige Lehrer.



Gegen Michael Cszakóczy (links) wurde 2004 ein Berufsverbot verhängt, Martin Hornung traf es 30 Jahre zuvor. Mit Prof. Bettina Alavi eröffneten sie nun die Ausstellung in der Alten Pädagogischen Hochschule. Foto: Philipp Rothe

Um die Praxis der Ministerien und Schulämter wieder in die Öffentlichkeit zu holen, hat die „Niedersächsische Initiative gegen Berufsverbote“ die Ausstellung „Vergessene Geschichte“ ins Leben gerufen, die noch bis zum 19. Juli in der Alten PH, Keplerstraße 87, zu sehen sein wird. Die baden-württembergische „Initiativgruppe 40 Jahre Radikalenerlass“ steuerte zu den 18 informativ illustrierten Schautafeln vier eigene bei, und Studenten der PH führten Interviews mit Betroffenen aus der Region.

Die Ausstellung schlägt einen Bogen vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart, zeichnet die Geschichte der Berufsverbote im deutschen Obrigkeitsstaat bis heute nach. Den größten Raum nimmt die Zeit der Bonner Republik ein, in der die Vielzahl der Berufsverbote ausgesprochen wurde, doch auch die Weimarer Republik, die NS-Diktatur und die „Rückkehr der Nazis“, wie es auf einem Plakat heißt, spielen eine Rolle. Man erfährt dort beispielsweise, dass 1966, also wenige Jahre vor dem Radikalenerlass, 60

Prozent der Abteilungsleiter im Justizministerium ehemalige Mitglieder der NSDAP waren.

Die Schautafeln bieten jedoch nicht nur Informationen, sondern sind liebevoll mit Fotos, Karikaturen und Kunstwerken bestückt, die, in ihrem Kontext gesehen, eine große Bereicherung darstellen. Die aufgeführten Einzelschicksale laden darüber hinaus dazu ein, sich in die Betroffenen und die Zeit hineinzuversetzen, die für viele bereits vergessen scheint.